



Urheber	Die Mitte Oberwallis, durch Joël Fischer, Rahel Pirovino-Indermitte, Aron Pfammatter und Urs Juon
Gegenstand	Wirtschaft stärken, Verfahren beschleunigen - Impulse für ein wettbewerbsfähiges Wallis
Datum	09/09/2025
Nummer	2025.09.367

Die wirtschaftliche Lage hat sich für zahlreiche Walliser Unternehmen spürbar verschärft: Die jüngst eingeführten Zölle der USA in Höhe von 39% auf Schweizer Produkte, internationale Unsicherheiten, hohe Produktionskosten und eine starke Regulierungslast setzen insbesondere exportorientierte KMU und Industrieunternehmen unter Druck.

In einer solchen Situation sind wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen entscheidend. Diese bestehen nicht allein aus Fördergeldern und neuen Gesetzen, sondern insbesondere aus einem schlanken, digitalen und verlässlichen Verwaltungsumfeld.

Das Wallis braucht jetzt klare Signale: weniger Bürokratie, schnellere Verfahren und eine neue Kultur der Zusammenarbeit zwischen Staat, Gemeinden und Wirtschaft. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, Investitionen zu erleichtern und den wirtschaftlichen Handlungsspielraum zu vergrössern.

Schlussfolgerung

Der Staatsrat wird beauftragt, dem Grossen Rat bis spätestens Ende 2026 ein Massnahmenpaket zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Walliser Wirtschaft vorzulegen. Im Zentrum steht der Abbau administrativer Hürden und die Beschleunigung von wirtschaftsrelevanten Verfahren. Das Paket soll insbesondere folgende Punkte enthalten:

1. Verbindliche Fristen für Bewilligungsverfahren

Für alle wirtschaftsrelevanten Gesuche - insbesondere bei Industrie-, Energie- und Gewerbebauten - sind verbindliche Fristen (z.B. max. 90 Tage ab vollständiger Eingabe) festzulegen. Zudem sollen nur jene Nachweise und Berichte eingefordert werden, die für eine Beurteilung des Gesuchs tatsächlich erforderlich sind.

2. Digitale Pflichtprozesse für Gesuche

Subventions-, Bau- und Umweltgesuche sollen verbindlich digital über ein zentrales kantonales Unternehmensportal eingereicht, bearbeitet und nachverfolgt werden können.

3. Selbsterklärungen bei Standardprozessen

Bei risikoarmen Gesuchen (z.B. kleinere Gewerbebetriebe, Veranstaltungen) sollen Selbsterklärungen die bisherigen Vorabkontrollen ersetzen, um Verfahren zu entlasten.

4. Taskforce «Wirtschaft & Verfahren» einrichten

Eine kantonale Koordinationsstelle soll zusammen mit Gemeinden, Wirtschaftsfachleuten und Fachstellen bei wirtschaftlich bedeutenden Projekten unterstützend wirken und Verfahren vereinfachen.

5. Pilotprojekte für flexible Arbeitszeitmodelle

Der Kanton soll Pilotzonen schaffen, in denen KMU moderne Arbeitszeitmodelle wie Vertrauensarbeitszeit oder digitale Zeiterfassung unkompliziert, auf freiwilliger Basis und unter Mitwirkung der Sozialpartner testen können.

6. Parallele Prüfverfahren ermöglichen

Wo heute sequenzielle Prüfungen dominieren (z.B. bei Umwelt- und Baugesuchen), sollen künftig parallele Verfahren mit koordinierter Zuständigkeit eingeführt werden.

7. Digitales Meldeportal für Unternehmen

Ein zentrales Portal soll Unternehmen ermöglichen, gesetzliche Meldungen (Statistik, Umwelt, Sicherheit) gebündelt, digital und effizient abzuwickeln.

8. Harmonisierung kantonaler Vorschriften

Der Kanton soll, in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden, seine investitionsrelevanten Vorschriften in Bereichen wie Bau, Energie und Umwelt vereinheitlichen, um Doppelspurigkeit zu vermeiden, ohne kommunale Kompetenzen zu mindern.

9. Eine Kommission mit Wirtschafts-, Gemeindevertretern und Politikern ist zu gründen, welche jedes Gesetz vor Behandlung im Grossen Rat auf Effizienz hin prüft und dem Grossen Rat Vorschläge zur Verschlankung, Bürokratieabbau und Streichung von unnötigen Regulierungen unterbreitet.